



Energie-Control Austria (E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65
www.arbeiterkammer.at
DVR 1048384

| | | | | |
|-------------|---------------|-----------------|-------------------------------------|------------|
| Ihr Zeichen | Unser Zeichen | Bearbeiter/in | Tel 501 65 Fax 501 65 | Datum |
| - | WP-GSt/Pe/Ni | Dominik Pezenka | DW 2224 DW 2532 | 24.04.2012 |

Verordnung des Vorstandes der E-Control zu Regelungen zum Gas-Marktmodell (Gas-Marktmodell-Verordnung 2012)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfes der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Allgemeines zum Gas-Marktmodell

Die im Zuge des dritten Energiebinnenmarktpaketes erlassenen Bestimmungen zum Gasmarkt, die in weiterer Folge im Gaswirtschaftsgesetz 2011 umgesetzt wurden, sehen unter anderem wesentliche Neuerungen beim Netzzugang zu Fernleitungen vor. Vorrangige Ziele sind neben einem nicht diskriminierenden Netzzugang vor allem die Schaffung eines liquiden Großhandelsmarktes.

Das bisherige System von Kapazitätsbuchungen auf der Basis von vertraglich vereinbarten Transportpfaden soll durch ein Entry/Exit System abgelöst werden: Das heißt, die Marktteilnehmer haben die Möglichkeit, die für den Gastransport erforderlichen Kapazität für die Einspeisung ins Fernleitungsnetz (Entry) und für die Ausspeisung aus dem Fernleitungsnetz (Exit) unabhängig voneinander zu buchen. Auch die Tarife für die Ein- und Ausspeisung sind getrennt voneinander festzulegen. Das neue Marktmodell sieht die Einteilung des österreichischen Marktes – in Abhängigkeit physischer Netzverbindungen – in drei Marktgebiete vor (Ost, Tirol und Vorarlberg). Die Marktgebiete werden jeweils durch Einspeise- und Ausspeisepunkte begrenzt. Die Verwaltung der Marktgebiete erfolgt durch einen Marktgebietsmanager (MGM) und einen Verteilergebietsmanager (VGM). Kapazitätsrechte an den Einspeisepunkten berechtigen zur Einspeisung von Gasmengen in das Fernleitungsnetz eines Marktgebietes und zum Transport der Gasmenge zum virtuellen Handelspunkt (VHP) des Marktgebietes. Umgekehrt berechtigen Kapazitätsrechte an den Ausspeisepunkten zum Transport vom VHP zum Ausspeisepunkt und zur Ausspeisung aus dem Fernleitungsnetz. Der VHP ist keinem physischen Ein- oder

Ausspeisepunkt zugeordnet und ermöglicht den Marktteilnehmern auch ohne Kapazitätsbuchung Erdgas zu kaufen oder zu verkaufen. Die Zuweisung und Verwaltung von Kapazitäten obliegt dem Marktgebietsmanager, der zu diesen Zwecken eine Online-Plattform einzurichten hat. Das Handeln mit Kapazitätsrechten erfolgt ausschließlich über diese Plattform.

Der gegenständliche Verordnungsentwurf des Vorstandes der E-Control basiert auf § 41 GWG 2011 und enthält Festlegungen für den Netzzugang zu den Fernleitungs- und Verteilungsnetzen, Regeln für das Kapazitätsmanagement sowie Regeln zur Bilanzierung und zur Ausgleichsenergieabwicklung für die Marktgebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.

Stellungnahme:

Allgemein

Das neue Gas-Marktmodell, das vor allem eine Belebung des Wettbewerbs zum Ziel hat, bringt wesentliche Änderungen für den österreichischen Gasmarkt und die Marktteilnehmer. Daher sieht es die BAK als dringend erforderlich an, dass die E-Control spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung dem Bundesminister für Wirtschaft, Jugend und Familie einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser neuen Marktregeln vorlegt und entsprechend veröffentlicht.

Zusammenfassend sind für die BAK insbesondere folgende Punkte relevant:

- Angesichts der oligopolistischen Struktur des österreichischen Gasmarktes ist eine effektive und unabhängige Aufsicht dringend erforderlich – das betrifft vor allem die Online-Plattform für das Angebot von Kapazitätsrechten. Sonst besteht die Gefahr von überhöhten Preisen bis hin zur Gefährdung der Versorgungssicherheit (zB durch Hortung von Kapazitäten).
- Für den Handel mit Kapazitätsrechten sind nur Netznutzer zuzulassen, die auch ein Interesse an der physischen Transportleistung nachweisen können. Finanzinvestoren sind auszuschließen. Wie von anderen Rohstoffhandelsplätzen bekannt, besteht sonst die Gefahr von überhöhten Preisen durch Spekulationen.
- Hoheitliche Aufgaben, wie das Entziehen von Kapazitätsrechten, sind durch öffentlich rechtliche Körperschaften durchzuführen, und nicht – wie in der gegenständlichen Verordnung vorgesehen – durch Fernleitungsgasunternehmen, die private Unternehmen sind.
- Die Umstellung der Bilanzierung der HaushaltskundInnen (SLP-KundInnen) auf Tagesbilanzierung wird von der BAK begrüßt. Das vorgeschlagene „Zweipreismodell“ bei der Berechnung des Ausgleichsenergiepreises sieht die BAK kritisch und regt an, das weniger missbrauchsanfällige „Einpreissystem“ zu prüfen.
- Die Einführung eines Strukturierungsbeitrages als Pönale, um eine absichtliche Ausnutzung des Systems durch den Bilanzgruppenverantwortlichen zu vermeiden, ist grundsätzlich zu befürworten. Allerdings sollte dieser neue Betrag auch unterjährig

angepasst werden können, um zu überprüfen, ob die Höhe des Beitrages ein entsprechendes Verhalten bewirkt.

- Die vorgeschlagene Integration der bisherigen Marktgebiete Tirol und Vorarlberg in das deutsche Marktgebiet „Net Connect Germany“ stößt bei der BAK auf Bedenken. Aufgrund der nicht ausreichenden Informationen über die Auswirkungen – insbesondere auf die Netzgebühren – steht die BAK der Zusammenlegung der Marktgebiete ablehnend gegenüber. Die BAK regt an, hier rasch nachvollziehbare Analysen und Daten zur Auswirkung dieser Zusammenlegung auf den Märkten in Tirol und Vorarlberg vorzulegen, insbesondere im Hinblick auf die Netzentgelte, Anbieterstruktur.
- Die BAK behält sich vor, noch weitere relevante Punkte im Rahmen der Begutachtung dieser Verordnung im Regulierungsbeirat vorzubringen.

Zu ausgewählten Regelungen im Detail:

§ 6 Kapazitätszuweisung

§ 6 regelt Verfahren zur Versteigerung von Kapazitäten durch die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) über die Online-Plattform (Primärkapazitätsplattform). Nach Ansicht der BAK ist hierbei auf eine ausreichende Anpassungsfrist zur Implementierung der Online Plattform sowie für die Zuweisung von Day-Ahead-Kapazitäten durch Versteigerung zu achten, insbesondere im Hinblick darauf, dass ein rechtlich verbindlicher Netzkodex gem Art 6 der Verordnung (EG) 715/2009 zu Kapazitätszuteilungsmechanismen noch nicht vorliegt. Der vorgesehene Umsetzungszeitpunkt mit 1.10.2012 (Versteigerung fester und unterbrechbarer Ein- und Ausspeisekapazitäten) bzw 1. Jänner 2013 für die weiteren Regelungen erscheint hierfür kurz.

Weiters fehlen Regelungen, in welcher Form die vorgesehene Versteigerung der Primärkapazitäten durchgeführt werden soll. Angesicht der Bedeutung der Versteigerung fester und unterbrechbarer Ein- und Ausspeisekapazitäten ist die Festlegung von transparenten Versteigerungsmechanismen erforderlich. Weiters ist eine effektive und unabhängige Aufsicht der Online-Plattform notwendig. Die BAK verweist dazu auf ihre Ausführungen zu § 9.

§ 8 Vertragslaufzeiten

Grundsätzlich erachtet die BAK die Stoßrichtung, nämlich den Anteil langfristig buchbarer Kapazitäten an den Grenzübergangspunkten auf einen festgelegten Prozentsatz der technischen Jahreskapazität zu beschränken, positiv. Allerdings sind die Festlegung der Laufzeitlängen, sowie die Höhe der prozentuellen Aufteilung der technischen Jahreskapazitäten zu begründen. Gleiches gilt für die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Auswirkungen und die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit. Die Ausführungen in den Erläuternden Bemerkungen gehen darauf zu wenig ein. In diesem Zusammenhang möchte die BAK darauf hinweisen, dass die Ertragslaufzeiten in der Textierung zu § 8 und den Erläuternden Bemerkungen unterschiedlich angeführt sind.

Wichtig ist aus Sicht der BAK, dass die bestehenden Kapazitätsverträge von dieser Regelung ausgenommen sind.

§ 9 Online-Plattform für das Angebot von Kapazitäten

Um Netzbenutzer eine möglichst einfache Buchung der Ein- und Ausspeisekapazitäten zu ermöglichen, hat der Marktgebietsmanager gemeinsam mit den Fernleitungsnetzbetreibern eine Online-Plattform zu organisieren und zu betreiben. Über die Plattform sollen sowohl Primärkapazitäten als auch Sekundärkapazitäten gehandelt werden. Obwohl die Online-Plattform zentral für die Vergabe von Kapazitäten ist, wird sie von privaten Unternehmen – nämlich dem Marktgebietsmanager in Zusammenarbeit mit den Fernleitungsnetzbetreibern – betrieben.

Nach Ansicht der BAK ist angesichts der seit Jahren bestehenden oligopolistischen Struktur des Gasmarktes eine unabhängige Aufsicht und Kontrolle der Internet-Plattform dringend erforderlich. Nur durch eine effektive Aufsicht kann die Gefahr missbräuchlichen Verhaltens bei der Kapazitätsvergabe reduziert werden. In der gegenständlichen Verordnung finden sich aber keine entsprechenden Regelungen oder Vorkehrungen.

§ 10 Sekundärmarkt für Ein- und Ausspeisekapazitäten

Besonders kritisch steht die BAK den Regelungen gegenüber, wonach Netzbenutzer Ein- und Ausspeisekapazitäten an Dritte weiterveräußern oder diese zur Nutzung überlassen dürfen. Wie Beispiele anderer Rohstoffmärkte- und börsen zeigen, beteiligen sich am Sekundärhandel regelmäßig reine Finanzinvestoren, die kein Interesse an physischer Erfüllung der abgeschlossenen Verträge haben, sondern nur an der Erzielung möglichst hoher Wiederverkaufsgewinne interessiert sind. Ohne flankierende Maßnahmen besteht die Gefahr, dass diese Entwicklungen auch beim Kapazitätshandel Einzug halten, und dass durch Spekulationen oder durch Hortung von Kapazitäten überhöhte Preise entstehen, die schlussendlich die EndverbraucherInnen zu zahlen haben.

Die BAK sieht es als dringend erforderlich an, dass ausschließlich Netznutzer an der Online-Plattform (Primärkapazitäts- und Sekundärkapazitätsplattform) zugelassen werden, die auch ein nachgewiesenes Interesse an der Transportleistung belegen können. Dritte, wie Finanzinvestoren oder Banken, sind jedenfalls auszuschließen. Auch in diesem Zusammenhang möchte die BAK auf die Notwendigkeit einer effektiven Kontrolle durch die E-Control hinweisen.

§ 12 Langfristiges Use-it-or-loose-it

Grundsätzlich sieht die BAK diese Bestimmung, wonach Kapazitäten die nicht genutzt werden, wieder als Kapazitäten den übrigen Netzbenutzern zur Verfügung stehen sollten, als wichtige Maßnahme gegen Kapazitätshortung an. Allerdings plädiert die BAK dafür, dass diese Kapazitäten dem Primärkapazitätsmarkt zufallen und nicht – wie in der Verordnung vorgeschlagen – als Sekundärkapazitäten weiterveräußert werden dürfen, da damit auch die Gefahr spekulativer Effekte verbunden ist. Auch tritt die BAK dafür ein, dass die Entscheidung, wann Kapazitäten zu entziehen sind bzw Ausnahmetatbestände anerkannt werden, nicht durch den (privaten) Fernleitungsnetzbetreiber zu treffen sind. Bei Entziehungen handelt es sich um hoheitliche Aufgaben, die durch öffentlich-rechtliche

Körperschaften zu erfüllen sind und nicht durch private Unternehmen. Nach Ansicht der BAK sollte für die Entscheidung über die Entziehung von Kapazitätsrechten bzw. für die Anerkennung von Ausnahmegründen eine unabhängige, öffentlich-rechtliche Aufsichtsbehörde verantwortlich sein. Der Fernleitungsnetzbetreiber sollte hierbei die Aufsichtsbehörde unterstützen.

§ 13 Netznutzungsvertrag und § 14 Netzzutrittsvertrag

Positiv möchte die BAK die im Netzzugangsantrag gemäß Anlage 1 anzuführenden zusätzlichen Angaben für die EndverbraucherInnen hervorheben. Insbesondere die Informationen über den Zählereinbauort bei Abrechnung ohne Umwerter, die zugrunde gelegte Höhe in Metern bei Abrechnung ohne Mengenumwerter sowie den Umrechnungsfaktor bei Vertragsabschluss.

Die BAK möchte aber in diesem Zusammenhang anregen, dass die in der Anlage 1 unter Punkt 5 (a) bis (g) erwähnten Angaben nicht nur für NeukundInnen im abzuschließenden Netzzugangsvertrag enthalten sind, sondern für alle EndkundInnen und damit auch für BestandskundInnen gelten sollten. Die BAK regt an, dass diese Informationen bei der nächsten Jahresabrechnung den EndkundInnen schriftlich mitgeteilt werden. Dies ist wichtig, da es vermehrte Beschwerden von KonsumentInnen hinsichtlich Höhereinstufung und Umrechnungsfaktor gibt.

§ 18 Grundsätze der Bilanzierung

Gemäß Absatz 5 beträgt für EndverbraucherInnen mit einer vertraglich vereinbarten stündlichen Leistung von unter 50.000 kWh je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt die Bilanzierungsperiode einen Gastag (Tagesbilanzierung). Das heißt, innerhalb eines Tages erfolgt der bilanzielle Ausgleich zwischen Einspeise- und Ausspeisemengen. Zu diesen EndverbraucherInnen zählen auch Haushalts-GaskundInnen mit Standardlastprofil (SLP-KundInnen), die bisher stündlich bilanziert wurden. Zukünftig hat der Bilanzgruppenverantwortliche (BKV) sicherzustellen, dass sich Ein- und Ausspeisung am Ende des Tages decken. Ist das nicht der Fall, kommt Ausgleichsenergie zum Einsatz. Für EndverbraucherInnen mit einer vertraglichen Höchstleistung von über 50.000 kWh/h gilt weiterhin die Stundenbilanzierung.

Grundsätzlich begrüßt die BAK die Tagesbilanzierung für HaushaltskundInnen. Der Strukturierungsbedarf und damit auch die -kosten sollten im Vergleich zur Stundenbilanzierung abnehmen. Die tatsächlichen Kosten der Tagesbilanzierung werden aber stark von dem verfügbaren Netzpuffer und von der Preisentwicklung der Ausgleichsenergie abhängen. Für SLP-KundInnen dürfte nur ein geringeres Ausgleichsenergie-Risiko bestehen.

Allerdings möchte die BAK darauf hinweisen, dass das **gemäß § 32 Abs 3** vorgesehene „Zweipreismodell“ für die Berechnung der Ausgleichsenergiepreise für SLP KundInnen (für den Bezug von Ausgleichsenergie wird der höchste Einkaufspreis, bei Abrufen in Lieferrichtung der niedrigste Verkaufspreis herangezogen) potentiell missbrauchsanfällig ist. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der deutschen Bundesnetzagentur zur Regel- und Ausgleichsenergie vom 1. April 2011. Diese Analyse dürfte auch auf Österreich

zutreffen: Der Ausgleichsenergiemarkt in der bisherigen Regelzone Ost ist hochkonzentriert, damit steigt auch die Gefahr von wettbewerbsrechtlichem Fehlverhalten. Die Kosten von Marktmissbrauch, die zu überhöhten Ausgleichsenergiepreisen führen, haben schlussendlich die Gas-EndverbraucherInnen zu tragen. Die BAK regt daher die Prüfung weniger missbrauchsanfälliger Preisbildungsmodelle für die Berechnung von Ausgleichsenergiepreisen – wie zB „Einpreissystem“ (gewichteter Durchschnittspreis) – an.

Offen ist auch, wie sich die in **§ 32 Abs 6** vorgesehene Weiterverrechnung der verbrauchsabhängigen Umlage an die Bilanzgruppenverantwortlichen auf die Ausgleichsenergiepreise auswirkt. Die Umlage – die vorerst mit 0,02 Cent/kWh festgelegt sein soll – fällt an, wenn sich aus der Ausgleichsenergieverrechnung des Bilanzgruppenkoordinators Unter- oder Überdeckungen ergeben. Die BAK ersucht, diese Effekte näher auszuführen und die Ergebnisse entweder in den Erläuternden Bemerkungen oder im Rahmen des Regulierungsbeirates darzulegen.

§ 26 Bilanzierung des Marktgebietsmanagers

Mit dem in Abs 6 vorgesehene Strukturierungsbeitrag soll verhindert werden, dass Bilanzgruppenverantwortliche das System absichtlich ausnützen. Dieser Ansatz wird von der BAK begrüßt. Der Strukturierungsbeitrag stellt eine Pönalisierung für die Kosten für die Strukturierung unausgeglichener Ein- und Ausspeisemengen dar. Er wird per 1. Jänner 2013 mit maximal 0,4 Cent/kWh festgelegt. Hinsichtlich der Höhe und der Wirkungen dieses neuen Strukturierungsbeitrages müssen aber noch Erfahrungen gesammelt werden. Daher sollte nach Ansicht der BAK eine unterjährige Anpassung des Strukturierungsbeitrages möglich sein.

Regelungen für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg

Im dritten Teil der Verordnung finden sich die Regelungen für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg wieder. Demnach sollen die bisherigen Marktgebiete Tirol und Vorarlberg in das deutsche Marktgebiet „Net Connect Germany“ integriert werden. Die BAK möchte hier die Bedenken der AK Tirol vorbringen. Die AK Tirol sieht dieses Vorhaben kritisch, da im Zusammenhang mit den aufwendigeren Abläufen, die sich vornehmlich beim Verteilergebietsmanager bündeln, höhere Aufwendungen zu erwarten sind. Diese würden in der Folge jedenfalls den EndkundInnen in Form von höheren Netzkosten in Rechnung gestellt. Aus diesem Grund ist die AK Tirol der Ansicht, dass Tirol als eigenständiges Marktgebiet, wie es bisher auch der Fall war, grundsätzlich als besseres und kostengünstigeres Modell für die EndkundInnen anzusehen ist.

Des Weiteren sieht es die AK Tirol kritisch an, dass der Verteilergebietsmanager für Tirol per Verordnung verpflichtet wird, Verträge mit den Netzbetreibern im benachbarten Ausland ausverhandeln zu müssen. Durch diese Verpflichtung wird seine Verhandlungsposition automatisch geschwächt, falls eine gleichlautende Verpflichtung auf deutscher Seite fehlt. Deshalb ist nach Ansicht der AK Tirol sicherzustellen, dass diese Kontrahierungspflicht auch in Deutschland besteht.

Die AK Tirol kann der Integration des Marktgebietes Tirol in das benachbarte deutsche Marktgebiet nur dann zustimmen, wenn sichergestellt wird, dass es zu keiner Steigerung der Netzgebühren für EndkundInnen kommt.

Daher regt die BAK an, möglichst rasch nachvollziehbare Analysen und Daten zur Auswirkung dieser Zusammenlegung auf die Märkte in Tirol und Vorarlberg vorzulegen, insbesondere im Hinblick auf die Netzentgelte und der Anbieterstruktur.

Die BAK ersucht die E-Control um Berücksichtigung der Änderungsvorschläge und Anregungen und behält sich vor, weitere relevante Punkte im Rahmen des Regulierungsbeirates vorzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Tumpel
Präsident

Günther Chaloupek
iV des Direktors